

SONNTAGSINTERVIEW: CARLO SCHMID

Von Hanspeter Guggenbühl

Erschienen unter anderem in der Südostschweiz vom 21. September 2008

„Ich habe diesen Markt nicht gewählt“

Carlo Schmid hat das Gesetz zum Strommarkt geprägt und kämpft jetzt gegen missbräuchliche Strompreise. Der Appenzeller Vollblut-Politiker ist aber kein Liberalisierungsturbo. Wäre es nach ihm gegangen, hätte es diesen Markt nicht gebraucht.

Carlo Schmid ...

... sass und sitzt auf vielen Stühlen: Im Hauptberuf ist der 58jährige Appenzeller Rechtsanwalt. Seine politische Karriere startete er 1979 in seiner Heimat- und Wohngemeinde Oberegg, die ihn 1979 zum Bezirkshauptmann wählte. Heute gehört er der Regierung der Kantons Appenzell Innerrhoden als Leiter des Erziehungsdepartements an. Von 1980 bis 2007 sass CVP-Mitglied Schmid im Ständerat, den er 1999/2000 präsidierte.

In seinen letzten Parlamentsjahren präsidierte Carlo Schmid im Ständerat die für Energie- und Umweltfragen zuständige UREK. In dieser Funktion gestaltete er das Stromversorgungsgesetz (StromVG) massgeblich mit, das die etappenweise Öffnung des Schweizer Strommarktes regelt. Nach seinem Rücktritt als Ständerat wurde er zum Präsidenten der Elektrizitätskommission (Elcom) gewählt. Aufgabe der Elcom ist es, die Umsetzung des StromVG sowie die Strompreise zu überwachen und Verstösse gegen das Gesetz zu ahnden.

hpg.

Frage: Herr Schmid, wie viel Strom verbrauchen Sie?

Carlo Schmid: In unserem von sechs Personen bewohnten Haus brauchen wir 10 000 Kilowattstunden pro Jahr, und dafür bezahlen wir rund 2500 Franken.

Sie sind eine Ausnahme – die meisten Leute kennen ihren Stromverbrauch nicht.

Schmid: Ich kenne ihn, weil ich mich auf dieses Interview vorbereitet habe.

Und woher beziehen Sie diesen Strom?

Schmid: Von der Elektra Oberegg.

Ihr Wohnort Oberegg wird von vier Elektrizitätswerken versorgt. Weshalb beziehen Sie den Strom vom Teuersten?

Schmid: Die Elektra Oberegg beliefert den Ortsteil, in dem ich wohne. Eine Auswahl haben Haushalte frühestens ab 2014. Allerdings glaube ich nicht, dass es sich für uns gross lohnen wird, den Lieferanten zu wechseln, denn die Preisunterschiede sind klein und fallen für einen Haushalt kaum ins Gewicht.

Jedenfalls fehlt es nicht an Stromlieferanten. In der ganzen Schweiz gibt es rund 850 Elektrizitäts-Verteilwerke mit 850 Gebietsmonopolen. Ist diese Vielzahl wirtschaftlich sinnvoll?

Schmid: Es ist nicht Sache einer Regulationsbehörde wie der Elcom, zu entscheiden, wie viele Werke sinnvoll sind. Das muss der Markt beantworten.

Können 850 Werke überleben, wenn der Markt kommt?

Schmid: Deutschland ist zehnmal grösser als die Schweiz, und hat weniger Elektrizitätswerke. Irgendwann wird es also auch bei uns eine Bereinigung geben. Das heisst aber nicht, dass alle Kleinen aufgeben müssen. Es kann sogar sein, dass kleine Werke besser überleben als mittelgrosse, sofern sie sich gut organisieren und aufwendige Aufgaben ausgliedern oder gemeinsam lösen.

Sie waren im Ständerat Präsident der Energiekommission und haben das Gesetz zur Öffnung des Strommarktes, das StromVG, stark geprägt. Jetzt sind Sie Präsident der Elcom, die diesen Markt und dessen Regulierung überwachen muss. Wie viele Stunden haben Sie sich in den letzten fünf Jahren mit dieser Materie beschäftigt?

Schmid: Die Stunden hab ich nicht gezählt, aber es war sehr viel Zeit. Den ganzen Sommer 2005 zum Beispiel habe ich gebraucht, um mich in die Materie einzuarbeiten. Heute beschäftigt mich das Präsidium der Elcom, ein Nebenamt, zwei bis drei Tage pro Woche.

Kann man den Strommarkt also nur verstehen, wenn man sich monatelang damit beschäftigt?

Schmid: Selbst dann versteht man nicht alles. Das merke ich zum Beispiel, wenn ich mit Verwaltern von kleinen Elektrizitätswerken rede. Die schwimmen in dieser Materie wie der Fisch im Wasser. Ich selber hingegen kann nicht behaupten, dass ich bereits einen hundertprozentigen Durchblick habe.

Mit einem Markt, so meint man gemeinhin, wird der Austausch von Wareneinfacher und effizienter. Doch seit man für die Stromversorgung den Markt einführen will, scheint alles viel komplizierter zu werden. Wo liegt der Sinn darin?

Schmid: Wer die Entwicklung betrachtet, stellt fest, dass wir in der Schweiz tatsächlich nicht sehr liberalisierungsfreundlich sind: Die Zürcher lehnten die Liberalisierung der Elektrizitätswerke der Stadt Zürich und des Kantons ab. Das Schweizer Volk sagte 2002 Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz. Das liegt daran, dass der Service Public - sei es die Post, die Bahn oder eben die Stromversorgung - hierzulande immer gut und zu relativ günstigen Preisen funktionierte. Gleichzeitig hatte man den Eindruck, dass dort, wo liberalisiert wird, die Leistungen teurer werden oder die Qualität leidet, weil in einem Markt jeder Privateigentümer sein Augenmerk auf die Maximierung des Gewinns richtet.

Alles, was Sie jetzt gesagt haben, spricht gegen die Liberalisierung von öffentlichen Diensten. Weshalb wird es trotzdem getan?

Schmid: Am Anfang des Strommarkts stand das Urteil des Bundesgerichts, das aufgrund des Kartellgesetzes die Freiburger Elektrizitätswerke verpflichtete, den Strom von einem auswärtigen Lieferanten zu einem Migros-Betrieb durchzuleiten. Danach gab es zwei Möglichkeiten: Entweder überliess man die Öffnung des Marktes weiterhin - von Einzelfall zu Einzelfall - dem Bundesgericht. Oder man versucht auf politischer Ebene, den Markt einheitlich zu öffnen und per Gesetz eine Marktordnung zu schaffen. Meine Motivation bestand darin, mit politischen Mitteln Ordnung in die Unordnung zu bringen. Die verbreitete Meinung hingegen, mit dem Markt würden dann die Preise sinken, habe ich persönlich nie vertreten.

Spielte nicht auch die EU eine wichtige Rolle gespielt. Viele Politiker, Sie eingeschlossen, haben erklärt, nachdem die EU ihren Strommarkt öffne, müsse die Schweiz nachziehen.

Schmid: Das spielte auch mit. Die Schweiz ist die Drehscheibe des europäischen Stromverbunds. Nachdem die EU entschieden hat, den Strommarkt zu öffnen und rechtlich einheitlich zu regeln, war es nicht zwingend, aber von grossem Vorteil für die Schweiz, sich diesem Markt anzuschliessen.

Wer Ihnen zuhört, gewinnt den Eindruck: Wir haben den Markt nicht gewollt, wir wurden in ihn hineingedrängt. Ist das so?

Schmid: Ich will nicht sagen „wir“, ich rede hier nur von mir. Persönlich bin ich in gewisser Masse ein Etatist, einer, der den Service Public hochhält.

Also frage ich persönlich: Fühlten Sie sich als Getriebener, der sagte, wenn der Markt sich schon nicht vermeiden lässt, dann will ich dazu beitragen, ihn möglichst gut zu organisieren?

Schmid: Das trifft eindeutig zu. Ich habe den Strommarkt nicht gewählt. Bei freier Wahl wäre es mir nicht in den Sinn gekommen, ein System wie die Stromversorgung, die gut funktioniert, zu verändern. Verändern muss man nur Dinge, die nicht funktionieren. Ich anerkenne aber auch andere Haltungen. Ich verstehe Leiter von Grossbetrieben, die sich bei freier Wahl des Stromlieferanten mehr Flexibilität versprechen und damit auch tiefere Preise.

Jetzt beginnt dieser Markt – und von allen Seiten hagelt es Protest: Die einen reklamieren, weil die Strompreise steigen. Andere kritisieren, es werde nur halbbatzig liberalisiert. Dritte klagen, man komme nicht mehr draus. Haben Sie mit dieser breiten Kritik der Marktpraxis gerechnet?

Schmid: An sich schon. Denn es wäre nicht natürlich, wenn es beim Übergang von einer jahrzehntelang bewährten in eine neue Marktordnung nicht Widerstände und Unsicherheiten gäbe. Die Unsicherheit ist berechtigt, denn die Änderung ist gewaltig: Das gilt allein schon für die Bildung der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid. Da wird auf einen Schlag die jahrzehntelange Autonomie von sieben grossen Stromunternehmen im Netzbetrieb aufgehoben und an eine einzige neue Gesellschaft übertragen. Das erfordert grosse organisatorische, personelle und finanzielle Umstellungen und führt auch zu psychologisch-menschlichen Problemen. Für die Bildung von neuen Bilanzgruppen musste die Swissgrid über 2000 Verträge neu konzipieren. Neben all dem musste die Stromversorgung störungsfrei weiter funktionieren.

Lohnt sich dieser gigantische Aufwand, die riesige Bürokratie wirklich, um ein bisschen Markt für Strom zu schaffen, an dem jetzt kaum jemand teilnehmen will. Oder muss man nicht eher sagen: „Tant de bruit pour une omelette“?

Schmid: Es gibt tatsächlich einen grossen Lärm, und die Omelette scheint momentan sehr klein zu sein. Dieser Eindruck entsteht, weil wir eine Marktordnung, die sich während Jahrzehnten kontinuierlich entwickeln konnte, innerhalb von kurzer Zeit völlig umstellen mussten. Und das ohne Erfahrung. Das führt zwangsläufig zu Friktionen und Protesten.

Hätte man den Strommarkt gesetzlich anders regeln müssen, um diese Friktionen zu vermeiden?

Schmid: Ich bin überzeugt, dass wir – unter Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen – ein Gesetz geschaffen haben, das eine gute Marktordnung erlaubt. Wenn ich als ehemaliger Gesetzgeber mich heute frage, was man anders hätte machen müssen, dann würde ich antworten: Wir hätten uns etwas mehr Zeit lassen, längere Übergangsfristen einräumen sollen.

Kommen wir zur aktuellen Preisdebatte. Ab 2009 besteht der Elektrizitätspreis aus drei Teilen: Dem Preis fürs Produkt Strom, dem Tarif für die Nutzung des im Monopol verbleibenden Netzes und den öffentlichen Abgaben. Markt gilt künftig allein fürs Produkt Strom. Jetzt aber verbietet die Verordnung zum StromVG, für dieses Produkt marktorientierte Preise zu erheben. So müssen sich die Strompreise für Verbraucher, die am Markt nicht teilnehmen können oder nicht teilnehmen wollen, an den Gestehungskosten orientieren. Finden Sie diese Regelung sinnvoll?

Schmid: Schauen wir die Frage einmal von hinten her an: Was würde passieren, wenn nicht unsere Gestehungskosten massgebend wären, sondern die heute höheren internationalen Marktpreise? Dann würden die Preise jetzt noch stärker steigen, und es würde noch mehr Reklamationen geben. Schmid: Bei dieser Gestehungskosten-Vorschrift geht es darum, feste respektive im Monopol gefangene Stromkonsumenten, die weniger als 100 000 Kilowattstunden pro Jahr verbrauchen und deshalb am Markt vorläufig nicht teilnehmen dürfen, vor überrissenen Preisen zu schützen.

Das ist verständlich. Doch jetzt verzichten auch Grossverbraucher, welche die freie Wahl haben, auf den Zutritt zum Markt. Sie bleiben im Monopol, weil die Gestehungskosten tiefer sind als die Marktpreise. Das führt dazu, dass am Markt, den der Gesetzgeber mit grossem Aufwand geöffnet hat, niemand mehr teilnimmt.

Schmid: In einzelnen Regionen, wo die Gestehungskosten hoch sind, kann es sich lohnen, am Markt teilzunehmen. Aber im allgemeinen sind unsere Gestehungskosten tatsächlich so tief, dass der Markt nicht spielt.

Die umstrittenen Preisaufläge betreffen jetzt primär die Kosten der Einspeisevergütung für Ökostrom sowie höhere Netzgebühren, welche die Swissgrid und viele Stromverteiler verrechnen. Könnte es sein, dass die Elektrizitätsunternehmen sich mit überrissenen Netztarifen schadlos halten, weil sie den Strom nicht zu Marktpreisen verkaufen dürfen?

Schmid: Meine Stellung als Präsident der Elcom verbietet es mir, solch ethisch gefärbte oder politisch anklagende Feststellungen zu machen. Das Vorgehen der Elcom ist klar vorgegeben. Als Kontrollbehörde müssen wir prüfen, ob die Netznutzungsentgelte gesetzeskonform sind, und falls sie es nicht sind, machen wir eine Verfügung, die eine Senkung der Preise verlangt, Keinen Einfluss hingegen haben wir, wenn öffentliche Abgaben erhöht werden.

Die Öffentlichkeit erwartet von Ihnen, dass Sie die Abzocker unter den Elektrizitätswerken zurück pfeifen. Sind solche Erwartungen begründet?

Schmid: Das Dummste ist, Erwartungen zu wecken, die sich nicht erfüllen lassen. Deshalb will ich unseren Abklärungen nicht vorgreifen. Falls diese zeigen, dass die Preise dem Gesetz entsprechen, werde ich niemanden als Abzocker bezeichnen.

Müssten wir in der Schweiz europäische Marktpreise zahlen, würden der Strom um 40 Prozent teurer. Jetzt erfolgt eine Strompreiserhöhung um durchschnittlich 15 Prozent. Trotzdem herrscht bei Konsumenten und Wirtschaftsverbänden landesweit Empörung. Verstehen Sie das?

Schmid: Zwischen der Kritik, die Preise steigen, und der Kritik, wir hätten den Markt halbbatzig liberalisiert, besteht jedenfalls ein Widerspruch. Man kann uns alles vorwerfen, aber die Vorwürfe sollen kohärent sein. Wenn wir heute schon eine komplette Liberalisierung hätten, würden die Strompreise noch stärker steigen.

(Interview: Hanspeter Guggenbühl, September 2008)